

Gabriel und Westerwelle, gemeinsam aus Afghanistan

SPD-Chef und FDP-Vorsitzender rücken vor der Verlängerung des Mandats zusammen – gegen Verteidigungsminister zu Guttenberg

VON REINHARD URSCHTEL

Berlin. Die Plätze in der drittletzten Reihe im Bundestag liegen zwar im Halbschatten der Besuchertribünen, sie sind aber noch gut in den Blick zu nehmen von den seitlich installierten Fernsehkameras. Dort, hinten Mitte, setzen sich gerne Politiker hin, die dabei gesehen werden wollen, wenn sie so tun, als wollten sie nicht gesehen werden. Dieser Tage saßen da Sigmar Gabriel und Guido Westerwelle beieinander.

Nun sind der SPD-Vorsitzende und der Außenminister, der auch FDP-Vorsitzender ist, sich in keiner Weise wohlgesonnen. Westerwelle ist für die Genossen die Lieblingswitzfigur in der Bundesregierung. Umgekehrt dient Gabriel dem Chef des Außenamtes gerne als Verkörperung des Populismus. In einer wesentlichen Frage der deutschen Außenpolitik aber gibt es eine Übereinstimmung zwischen den beiden: Der SPD-Vorsitzende – und mit ihm große Teile von Partei und Fraktion – und der Außenminister wollen einen festen Rückzugstermin der deutschen Soldaten aus Afghanistan.

Die Genossen sind der Auffassung, dass ohne eine klare Zeitperspektive kein Druck auf die afghanische Regierung entsteht, die Sicherheit des Landes in eigene Hände zu nehmen. „Wir sind ja keine Freunde des FDP-Vorsitzenden“, hat der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, Thomas Oppermann, dieser Tage gesagt. „aber in dieser Frage sind wir nahe bei Westerwelle und weit weg von Karl-Theodor zu Guttenberg.“ Der Verteidigungsminister möchte den Abzug offen

halten, das Datum möglichst nach hinten verschieben.

Mag sein, dass das Gabriel-Westerwellsche Tête-à-Tête nur einem Erfahrungsaustausch mit dem SPD-Chef diene, der kürzlich ohne viel Aufhebens zum Truppenbesuch in Afghanistan war. Wahrscheinlicher aber ist, dass beide eine Botschaft aussenden wollten. Sie muss nicht einmal ausformuliert werden, es genügt, dass sie gegen Guttenberg gerichtet ist.

Heute entscheidet das Parlament über die Mandatsverlängerung für den Afghanistan-Einsatz. Die SPD wird mehrheitlich zustimmen, wie groß diese Mehrheit sein wird, ist freilich offen. Nach dem Beschlussentwurf soll die Bundeswehr ihren Einsatz im Rahmen der Internationalen Schutztruppe Isaf vorerst bis zum 31. Januar 2012 fortsetzen. Erstmals ist in dem Mandat eine Abzugsoption enthalten, was sich Westerwelle und Gabriel gleichermaßen als Erfolg ans Revers heften möchten.

Der Außenminister will es in der Koalition durchgesetzt haben, Gabriel sagt, ohne den Druck durch die Opposition wäre das nicht möglich gewesen. Sollte die Lage vor Ort es zulassen, könnte das deutsche Kontingent ab Ende 2011 reduziert werden. 2014 soll der Kampfeinsatz der deutschen Truppen dann beendet sein.

Bei einem Probelauf am Dienstag stimmten mehr als zwei Drittel der SPD-Fraktion dem weiteren Verbleib bei fester Abzugsperspektive zu. Ein Entschließungsantrag der Fraktion soll verlangen, dass die Regierung spätestens bis zur Afghanistan-Konferenz im November in Bonn einen konkreten Abzugsplan formuliert hat. 19 Genossen lehnten eine Verlängerung des Mandats ab, neun enthielten sich, einige waren der Fraktionsitzung ferngeblieben.

Die Fraktionsführung glaubt fest daran, die Zahl der Gegner werde bis zur heutigen Bundestagsentscheidung weiter abnehmen. Dabei entspricht die Stimmungslage in etwa der bei der letzten Mandatsverlängerung im Februar vergangenen Jahres, als 16 Abgeordnete mit Nein stimmten und sich acht der Stimme enthielten.

Gabriel hatte die Abgeordneten eindringlich davor gewarnt, sich von der Union und Bundeskanzlerin Angela Merkel vorführen zu lassen. Die CDU/CSU werde es freuen, wenn die SPD „zerstört“ in die Bundestagsabstimmung ziehe, mahnte der Parteivorsitzende. Merkel gehe es darum, sich den von der SPD forcierten Beginn des Truppenabzugs im Jahr 2011 selbst auf die Fahnen zu schreiben.

Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier warb in seinem politischen Bericht an die Abgeordneten ebenfalls um Unterstützung. Die SPD gehe fest davon aus, dass der Truppenabzug aus Afghanistan tatsächlich im Jahr 2011 beginne. Sollte die Bundesregierung nicht „liefern“, könne sie nicht mehr mit der Zustimmung der SPD zu einer weiteren deutschen Beteiligung an der Internationalen Schutztruppe Isaf rechnen, schrieb Steinmeier.

Die Grünen fordern bereits einen präzisen Stufenplan für den Rückzug der deutschen Soldaten, beginnend noch in diesem Jahr und endend 2014. Der Parteivorsitzende Cem Özdemir forderte die Bundesregierung auf, ihre Pläne für den Truppenabzug aus Afghanistan klar auf den Tisch zu legen. Andernfalls werde eine Mehrheit der Grünen-Abgeordneten der Verlängerung des Mandates nicht zustimmen. Am Donnerstag rechnete man bei den Grünen mit einer mehrheitlichen Stimmenthaltung, mit einigen Neinstimmen und sehr wenigen Ja-Stimmen.

Die Linke lehnt das neue Afghanistan-Mandat geschlossen ab.



Das neue Afghanistan-Mandat wird für die Bundeswehrosoldaten in Kundus möglicherweise ein Signal für den beginnenden Rückzug mit sich bringen.

dpa

„Nicht an Krieg gewöhnen“

Erwin Sellering lehnt die Verlängerung des Mandats rigoros ab. Warum? Fünf Fragen von Michael M. Grüter.

Was kann die Bundeswehr für ein hinreichend stabiles Afghanistan tun?
In der Tat haben viele Experten Zweifel, dass sich dieses Ziel militärisch erreichen lässt. Das ist aber nicht der Grund, warum ich gegen eine Verlängerung des Afghanistan-Mandats bin. Für mich ist entscheidend, dass sich der Einsatz der Bundeswehr gewandelt hat. Dort herrscht jetzt Krieg. Und da müssen wir in Deutschland darüber diskutieren, ob wir uns daran beteiligen wollen oder nicht. Ich meine: nein. Minister zu Guttenberg versucht, die Deutschen daran zu gewöhnen, dass Kriegseinsätze etwas Normales sind. Dagegen wehre ich mich.

Sie setzen darauf, dass sich die Bundeswehr so schnell wie möglich zurückzieht?
Ja, das ist meine Position. So schnell, wie es geht, ohne das Leben unserer Soldatinnen und Soldaten zu gefährden.

Hat das auch mit Wahlkampf zu tun?

Ich vertrete diese Position schon seit einem Jahr. Fragen von Krieg und Frieden muss man unabhängig von Wahlen entscheiden. Mehr als zwei Drittel der Deutschen lehnen den Afghanistan-Einsatz ab. Ich würde mir wünschen, dass die SPD diesen Menschen eine Stimme gibt.



Erwin Sellering (SPD), Ministerpräsident in Schwerin. dpa

Kann Deutschland sich aus internationalem Streit heraushalten?

Ich verabschiede mich nicht aus der internationalen Verantwortung. So finde ich den Einsatz unserer Marine vor Afrika sehr sinnvoll, wo in Notwehrsituationen geholfen wird, wenn Schiffe von Piraten angegriffen werden. Wogegen ich mich wende, sind Kriegseinsätze. Die Bombardierung des Tanklastzuges bei Kundus hat gezeigt, wohin das führt.

Sie hoffen auf viele Neinstimmen?

Ich finde gut, dass die SPD die Abzugsdebatte angestoßen hat. Wer aber meint, dass wir 2011 mit dem Abzug beginnen müssen, kann dem Mandat eigentlich nicht zustimmen. Die Regierung hat es so vage gehalten, dass man sich darauf nicht verlassen kann, dass der Abzug tatsächlich dieses Jahr beginnt. Herr zu Guttenberg hat sogar gesagt, es sei ihm „wurscht“, welches Datum beschlossen werde. Das ist eine unangemessene Wortwahl, wenn es um Krieg und Frieden und das Leben unserer Soldatinnen und Soldaten geht.

Zeit der Dissidenten

VON STEFAN KOCH



Tom Koenigs, ehemaliger UN-Sondergesandter in Kabul. dpa

Berlin. Es gehört schon einiges dazu, sich gegen die Mehrheitsmeinung in der eigenen Fraktion zu stellen. Das gilt bei der Afghanistanabstimmung ganz besonders für die Grünen. Mit Blick auf dieses Superwahljahr, das ihnen völlig neue Größenordnungen verspricht, will die Parteiführung die Stimmung an der Basis zum Klängen bringen und an die eigenen pazifistischen Traditionen erinnern.

Das Mandat von den Grünen ursprünglich als Regierungspartner mit auf den Weg gebracht und von der damaligen Grünen-Ikone Joschka Fischer vehement verteidigt wurde, wird in den eigenen Reihen kaum noch erwähnt. Es sind denn auch nur noch eine Handvoll Abgeordnete, die an früheren Positionen festhält. So wie Tom Koenigs, der als ehemaliger Sondergesandter der Vereinten Nationen am Hindukusch ohnehin eine gewisse Eigenständigkeit besitzt. Der 67-Jährige stimmt der Mandatsverlängerung ausdrücklich zu. Allerdings nicht, wie er gegenüber dieser Zeitung betont, um den Regierungskurs von Schwarz-Gelb zu unterstützen: „Die Bundesregierung und die internationale Gemeinschaft machen in Afghanistan viele Fehler. Die Lage dort ist nicht gut, aber sie würde auch nicht besser werden, wenn der Bundestag das Mandat ablehnt.“

Der Bundeswehreinsatz sei sinnvoll,

weil der afghanische Staat noch nicht allein für die Sicherheit seiner Bürger sorgen könne: „Auch weil ich zwei Jahre im Land gelebt habe, werde ich keine Entscheidung treffen, die die Menschen in Afghanistan gefährden würde.“

Marieluise Beck, die international als Menschenrechtlerin bekannt ist,

will der Verlängerung ebenfalls zustimmen, weil es eine „Schutzverantwortung“ für die Menschen vor Ort gebe.

Stimmen gegen das eigene Lager gibt es allerdings auch in den Reihen von Union und Liberalen. So haben FDP-Fraktionsvize Jürgen Koppelin sowie die CDU-Abgeordnete Wolfgang Börnsen und Manfred Kolbe bereits wissen lassen, dass sie die Fortführung des Einsatzes ablehnen. „Wir können unseren Soldaten nicht zumuten, dass sie ein korruptes Regime unterstützen“, sagt Koppelin. Grundsätzlich argumentiert Börnsen: „Für ein Land, das den Zweiten Weltkrieg verantwortet hat, halte ich Krieg als Mittel der Politik nicht für verantwortbar.“

Auschwitz – die Zukunft der Erinnerung

Bundespräsident Christian Wulff sucht am Jahrestag der Befreiung des größten NS-Vernichtungslagers nach neuen Wegen gegen das Vergessen



Mit ernster Miene: Bundespräsident Wulff bei der Gedenkfeier in Auschwitz-Birkenau. afp

VON DIETER WONKA UND DIRK SCHMALER

Auschwitz. Die eintätowierte Haftlingsnummer 6804 macht die Besucher noch immer stumm. August Kowalczyk, Jahrgang 1921, sitzt in der Internationalen Jugendbegegnungsstätte am Rande des Lager-Gedenkkomplexes von Auschwitz. Er ist Holocaust-Überlebender, ein Zeitzeuge des schrecklichsten Kapitels der deutschen Geschichte. Er ist gekommen, um zu berichten. Von seinen Erfahrungen, seinem Leben. Und von seiner Haftlingsnummer. 6804-mal, sagt er, wolle er erzählen, in Worte fassen, was er als Gefangener dieses Vernichtungslagers erlebt hat. 6804-mal „auch und gern lachen mit euch“. Jugendliche aus Deutschland, aus der Ukraine, aus Israel, aus Polen sitzen um ihn herum. Manchmal applaudieren sie, meistens sind sie still. Mittendrin sitzt der deutsche Bundespräsident Christian Wulff und hört mit ernstem Gesicht zu.

Es ist ein Bild, wie es passender nicht sein könnte für die Botschaft, die der erste Bundespräsident, der nach dem Krieg geboren ist, 66 Jahre nach der Befreiung des Vernichtungslagers von Auschwitz mitgebracht hat. Er will dafür sorgen, dass die Erinnerung an die Vernichtung von Millionen Juden auch bei der jungen Generation wach gehalten wird. Auch in Zukunft, wenn Zeitzeugen wie August Kowalczyk nicht mehr da sind.

In seiner kurzen, manchmal leicht stockenden Rede zum internationalen Holocaust-Gedenktag widmet er sich zu nächst eben jenen, die bisher für die Erinnerung gesorgt haben und von denen ihn einige auf seiner Reise nach Polen be-

gleitet haben. Er dankt den Opfern von damals und ihren Angehörigen für ihren Versöhnungswillen. Die Deutschen wüssten es zu schätzen, dass in ihrem Land wieder jüdisches Leben blühe, die Beziehungen zu Israel einzigartig seien und es eine tiefe Freundschaft zu Polen und anderen Nachbarn gebe, sagt er. Vor allem aber ruft er dazu auf, Wege zu finden, die Erinnerung auch in Zukunft wachzuhalten. Die Deutschen hätten dafür „ewig einzustehen“, sagt er. „Wir tragen alle dafür Verantwortung, dass ein solcher Zivilisationsbruch nicht wieder geschieht.“

Hierfür müsse die heutige Jugend die Wahrheit über das nationalsozialistische Terrorregime kennen. Dann werde sie

auch den Kräften entgegenreten, „die die Tatsachen immer noch oder wieder leugnen oder verfälschen“.

Hierfür kommt in Zukunft Orten wie der Gedenkstätte in dem Vernichtungslager Auschwitz eine große Bedeutung zu. An dem Ort, an dem die Nationalsozialisten bis zu 1,5 Millionen Juden, Homosexuellen, Sinti und Roma, Kriegsgefangenen, Widerstandskämpfern und Behinderten den qualvollen, systematischen Tod brachten, ist die Vergangenheit auch heute noch fühlbar. Wulff rief gerade deshalb zum Erhalt der Erinnerungsorten auf. Je weniger Zeitzeugen noch persönlich berichten könnten, umso wichtiger seien schriftliche, fotografische und fil-

mische Zeugnisse und der Erhalt solcher Stätten. „Es stimmt, man kann das Geschehene, das Unvorstellbare, nicht in Worte fassen“, sagt Wulff und fügt hinzu: „Man muss aber!“

Nur durch Zufall überlebte der damals Siebenjährige. Zunächst entkam er, weil er bei einer Tante zu Besuch war. Später wurde er in den stadtnahen Wäldern geschnappt. Nur Dank der Hilfe eines niederländischen Polizisten konnte er kurz vor dem Abtransport fliehen.

In welchem schrecklichem Ausmaß Sinti und Roma verfolgt wurden, sei lange Zeit außerhalb des öffentlichen Bewusstseins geblieben, sagte Bundestagspräsident Norbert Lammert bei der Gedenkstunde. „Umso wichtiger ist es, dass wir uns an sie erinnern.“ Noch heute fühlen sie sich stigmatisiert, auch in Deutschland.

ah wach halten müssen und dass wir uns Rassismus und Antisemitismus entgegenstellen müssen“, sagt er.

Auch Polens Präsident Bronislaw Komorowski, der die Gedenkfeier gemeinsam mit Wulff in der Begegnungsstätte in Auschwitz (Oswiecim) beging, gibt sich versöhnlich. Die gemeinsame Teilnahme an dem Gedenken sei ein Beweis für das neue Verhältnis zwischen Polen und Deutschen. „Das ist ein Zeichen dafür, dass sich die Welt in Richtung des Guten bewegt“, sagt er. Es gelte nun die Frage zu stellen, wie die Welt in Zukunft vor Verbrechen, Hass und der Missachtung der Menschenrechte geschützt werden könne. „Dies sind wir allen schuldig, die in Auschwitz gestorben sind, aber auch all jenen, die vor nicht so langer Zeit auf dem Balkan und anderswo gestorben sind“, sagte der polnische Präsident.

Nach dem Treffen in Auschwitz legen die beiden Staatschefs gemeinsam mit mehreren der mitgereisten Holocaust-Überlebenden, den jugendlichen Gästen und Vertretern der jüdischen Gemeinde Kränze an der Hinrichtungsmauer in Auschwitz nieder. Auf dem Weg dorthin erinnert der Bundespräsident an Sophie Scholl, die ermordete Widerstandsheldin der „Weißen Rose“. Sie habe sich damals zum Protest entschlossen, weil alle erwartet hätten, dass sich doch etwas ändern müsse in der entmenslichten NS-Gesellschaft Deutschlands. Das Warten hätte jedoch nichts geändert – bis sie selbst angefangen habe, etwas zu tun. „Das“, sagte Wulff auf dem Weg zu der Mauer, an der unzählige Menschen erschossen wurden, bis die Rote Armee 1945 dem Schrecken ein Ende machte, „Das ist die Voraussetzung für ein ‚Nie wieder‘.“

Neue Angst für Sinti und Roma

VON STEFAN KOCH

Berlin. Es ist das erste Mal, dass zum Jahrestag der Auschwitz-Befreiung ein Vertreter der Sinti und Roma im deutschen Parlament spricht. Zoni Weisz ist 73 Jahre alt, Niederländer und hat seine Eltern und Geschwister in Auschwitz verloren. Im Bundestag spricht er über den Völkermord an Sinti und Roma, und er mahnt mit bitteren Worten: Europa habe aus diesem vergessenen Holocaust an seinem Volk nichts oder doch fast nichts gelernt.

Weisz erinnert daran, dass bis zu 500 000 Sinti und Roma von den Nazis ermordet wurden und dass die Überlebenden auch nach 1945 noch lange Zeit ein Volk ohne Stimme waren. Über Jahrhunderte seien sie in weiten Teilen Europas benachteiligt

worden, sagt Weisz. Noch heute litten viele Sinti und Roma in Bulgarien und Rumänien unter brutalen Ausgrenzungen. In Ungarn gebe es sogar gewaltsame Übergriffe von Neonazis, in einigen Gaststätten und Boutiquen hingen wieder Schilder mit der Aufschrift „Für Zigeuner verboten“. Diese Ungerechtigkeiten gehörten weiter zum Alltag südeuropäischer Regionen.

Warum setzt sich diese Unterdrückung fort? „Wir sind doch Europäer und müssen dieselben Rechte wie jeder andere Einwohner haben, mit den gleichen Chancen, wie sie für jeden Europäer gelten.“ Weisz berichtet aus seiner eigenen Familie: „Bis 1944 waren wir eine ganz normale, glückliche Familie.“ Er erlebte mit Eltern und drei Geschwistern in der niederländischen

Kleinstadt Zutphen. Sein Vater besaß ein Musikgeschäft. Am 16. Mai 1944 endete das Glück. Die Angehörigen wurde von den Nazis verschleppt.

Nur durch Zufall überlebte der damals Siebenjährige. Zunächst entkam er, weil er bei einer Tante zu Besuch war. Später wurde er in den stadtnahen Wäldern geschnappt. Nur Dank der Hilfe eines niederländischen Polizisten konnte er kurz vor dem Abtransport fliehen.

In welchem schrecklichem Ausmaß Sinti und Roma verfolgt wurden, sei lange Zeit außerhalb des öffentlichen Bewusstseins geblieben, sagte Bundestagspräsident Norbert Lammert bei der Gedenkstunde. „Umso wichtiger ist es, dass wir uns an sie erinnern.“ Noch heute fühlen sie sich stigmatisiert, auch in Deutschland.